

Änderungen in der Postabfertigung 2020/2021 – Hintergründe, Probleme, Einschätzungen

Von Dr. Carsten Weerth BSc (Glasgow) LL.M. MA¹⁾

A. Einleitung

Die Postabfertigung stellt einerseits einen Bagatellverkehr (Massenverkehr) geringfügiger Güter dar, andererseits stellen der Internetboom und die weltweiten Einkäufe der Privatkunden und Geschäftskunden die Zollverwaltung vor große Herausforderungen angesichts immer steigender Einfuhrzahlen auf dem Postwege (Waren in Post-/Paket-sendungen).²⁾

Das Verfahren der Zollabfertigung von Postsendungen ändert sich seit dem 1.2.2020 und erneut ab 1.1.2021 erheblich. Ende 2020 läuft die Übergangsfrist des UZK-TDA aus, mit welcher die alten Paketanmeldungen CN 22 und CN 23 des Weltpostvertrags weitergelten durften. Ab dem 1.1.2021 ist zwingend eine elektronische Zollanmeldung für den Postverkehr (Briefsendungen und Paketsendungen) abzugeben. Das hatte die GZD bereits in der UZK-Einführungsverfügung 2016 verkündet:

„Künftig sind auch bei Waren in Postsendungen elektronische Zollanmeldungen zur Überlassung zum zollrechtlich freien Verkehr vorgesehen (Art. 216 UZK-IA, Art. 144 UZK-DA). Für einen Übergangszeitraum gelten die Zollanmeldungen als abgegeben und angenommen, sofern den Waren eine Zollinhaltserklärung CN 22 oder CN 23 beigelegt ist (Art. 55 Nr. 16 UZK-TDA). Sind die Angaben nicht ausreichend, ist deren Ergänzung im Rahmen der Überprüfung der Zollanmeldung zu fordern. Mündliche Zollanmeldungen sind im Postverkehr nur für Waren zu nicht kommerziellen Zwecken und für die in Art. 136 Abs. 1 UZK-DA genannten Waren vorgesehen, sofern diese als Rückwaren von den Einfuhrabgaben befreit sind (Art. 135 Abs. 1 Buchst. a und Abs. 2 UZK-DA).“³⁾

Eine vereinfachte elektronische Zollanmeldung für Waren in Postsendungen (Art. 1 Nr. 24 UZK-DA) wird mit Art. 143a UZK-DA ab 1.1.2021 eingeführt.⁴⁾ Gleichzeitig ändert sich die Befreiung für die Einfuhr-Umsatzsteuer (EUST), da § 1a EUSTBV, welcher die Sendungen von geringem Wert von

0 bis 22 Euro von der EUST ausgenommen hatte, aufgehoben wird.

Eine Streichung der Art. 23, 24 der ZollbefreiungsVO (EG) Nr. 1186/2009 wäre folgerichtig und konsequent. Diese ist jedoch bislang weder verkündet worden noch als Entwurf im Gesetzgebungsprozess vorgelegt worden.

Bereits seit 1.2.2020 ändert sich das Geschehen bei der Postabfertigung erheblich.

Neu geschaffen wurde die Möglichkeit der „Abfertigung von zu Hause“ in Abwesenheit des Anmelders. Dieser Beitrag stellt kurz die Änderungen und ihre Hintergründe vor und analysiert später die Probleme und trifft abschließend Einschätzungen zur neuen Postabfertigung der deutschen Zollverwaltung.

B. Zollabfertigung in Abwesenheit des Anmelders (von zu Hause)

Die erste erhebliche Änderung der Abfertigungspraxis ist am 1.2.2020 vorgenommen worden.

Neu geschaffen wurde die Möglichkeit der „Abfertigung von zu Hause“ in Abwesenheit des Anmelders – die bisherigen Möglichkeiten blieben bestehen und zusätzlich kam folgende Möglichkeit hinzu:

Zoll-Post-Abfertigung „von zu Hause“

Seit 1.2.2020 können zum Zollamt weitergeleitete Postsendungen bis zu einem Wert von 1 000 Euro ohne Ihr persönliches Erscheinen abgefertigt werden. Zunächst bekommt der Postkunde eine Benachrichtigung der Deutschen Post AG, dass die Sendung beim Zollamt liegt und dort abgefertigt werden muss. Der Kunde muss sich zeitnah mit dem Zollamt in Verbindung setzen, sofern er diese nicht wie gewohnt beim Zollamt abholen möchte.

1) Der Autor ist beim Hauptzollamt Bremen tätig. Der Beitrag stellt seine persönliche Auffassung dar. Er ist zugleich Lehrbeauftragter für Steuerrecht an der FOM Hochschule für Oekonomie und Management und seit 2008 im örtlichen Personalrat für die BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft aktiv

2) Allgem. zum Postverkehr, Böhne/Rüter, Postverkehr im Zollrecht, AW-Prax 2019, 172 ff. und Weerth in: Dorsch, Zollrecht, Kommentar, § 5 ZollVG, Rz. 1 ff.

3) GZD-Verfügung v. 26.4.2016, Z 0440-4/16-DV.A.31

4) VO (EU) 2019/1143, ABl. EU 2019 Nr. L 181/2 und Weerth, Zollanmeldungen für Werte bis 22 €: VO (EU) 2019/1143, AW-Prax NT 8/2019, 192

Inhalt

Änderungen in der Postabfertigung 2020/2021 – Hintergründe, Probleme, Einschätzungen

Von Dr. Carsten Weerth

F21

Übungsaufgabe zur Vorbereitung auf die Laufbahnprüfung des mittleren Zolldienstes – Prüfungsgebiet Recht des grenzüberschreitenden Warenverkehrs und Zolltarifrecht mit Lösung

F24

Nach der Kontaktaufnahme mit dem zuständigen Zollamt erhält der Zollbeteiligte eine Erklärung, die er mit den erforderlichen Ausdrucken der fehlenden Unterlagen innerhalb der Lagerdauer der Sendung beim Zollamt diesem zusenden kann (ob dieses per Telefax oder verschlüsselter E-Mail möglich ist, hat die GZD nicht geregelt). Die Lagerdauer beträgt bei Briefsendungen 7 Tage und bei Paketsendungen 14 Tage ab dem Zeitpunkt der Übergabe der Sendung durch die Deutsche Post AG an das Zollamt, d. h., diese Frist kann bereits laufen, obwohl der Zollbeteiligte von der Deutschen Post AG noch keine Benachrichtigung erhalten hat.

Nach Erhalt der Unterlagen fertigt das Zollamt die Sendung ab. Sofern keine Verbote und Beschränkungen entgegenstehen wird ein ggf. erforderlicher Einfuhrabgabenbescheid erstellt und an den Zollbeteiligten übersandt.

Nach erfolgter Abfertigung ggf. unter Zahlung der Einfuhrabgaben auf das Konto der Zollverwaltung, kann dem Zollbeteiligten die Sendung überlassen und zugeschickt werden. Hierzu ist eine vorherige Übermittlung einer Postwertmarke durch den Zollbeteiligten erforderlich, da die Deutsche Post AG oder ein Post- und Kurierdienstleister, der die Sendung während der Öffnungszeiten beim Zollamt abholt, für den Transport Ihrer Sendung einen erneuten Beförderungsauftrag (Inlandfrankierung mit Haftung für Paketsendungen) benötigt.⁵

C. Wegfall der 22-Euro-Wertgrenze, elektronische Anmeldepflicht

Ende 2020 läuft die Übergangsfrist des UZK-TDA aus, mit welcher die alten Paketanmeldungen CN 22 und CN 23 des Weltpostvertrags weitergelten durften. Ab dem 1.1.2021 ist zwingend eine elektronische Postanmeldung abzugeben. Gleichzeitig fällt die Befreiung für die Einfuhr-Umsatzsteuer (EUST) weg, da § 1a EUSTBV, welche die Sendungen von geringem Wert von 0 bis 22 Euro von der EUST ausgenommen hatte, aufgehoben wird. Voraussichtlich wird auch die Zollbefreiung nach Art. 23, 24 der ZollbefreiungsVO (EG) Nr. 1186/2009 wegfallen. Das wäre konsequent und logisch. Noch ist dieser Wegfall von der GZD nicht kommuniziert und auch kein Gesetzgebungsvorschlag der EU auf den Weg gebracht worden.

Zur Begründung des Wegfalls der 22-Euro-Grenze teilt die GZD mit:

„Im Rahmen der Umsetzung des Mehrwertsteuereuropakets wird zum 1. Januar 2021 unter anderem die derzeit vorgesehene Umsatzsteuerbefreiung für die Einfuhr von Kleinsendungen mit einem Wert bis 22 Euro, wie sie insbesondere im E-Commerce vorkommen, entfallen. Gleichzeitig treten umfangreiche Änderungen des europäischen Zollrechts in Kraft. Dies hat zur Folge, dass anders als bisher im E-Commerce üblich, grundsätzlich elektronische Zolldatenanmeldungen erforderlich werden.“⁶

Die Europäische Kommission hat bereits 2016 entschieden, dass die EUST-Freigrenze von 22 Euro wegfallen wird.

Dieses ist Teil eines Gesamtpakets, um den Umsatzsteuerbetrug in der EU zu bekämpfen:

„Maßnahmen gegen Mehrwertsteuerbetrug von außerhalb der EU:

In die EU eingeführte Kleinsendungen mit einem Wert von weniger als 22 EUR sind derzeit von der Mehrwertsteuer befreit.

Mit rund 150 Mio. Paketen, die jedes Jahr mehrwertsteuerfrei in die EU eingeführt werden, ist dieses System für massenhaften Betrug und Missbrauch anfällig, womit beträchtliche Wettbewerbsverzerrungen zulasten von Unternehmen in der EU entstehen. Erstens sind die EU-Unternehmen gegenüber ihren nicht in der EU ansässigen Wettbewerbern eindeutig benachteiligt, da sie vom ersten Eurocent an mehrwertsteuerpflichtig sind. Zweitens enthalten die Einfuhrunterlagen für hochwertige Waren wie Smartphones und Tablets systematisch zu niedrige Wertangaben oder falsche Warenbeschreibungen, damit diesen die Mehrwertsteuerbefreiung gewährt wird. Die Kommission hat daher beschlossen, diese Befreiung abzuschaffen.“⁷

Als Folge aus dem Wegfall der bisherigen Zollinhaltserklärungen CN 22 und CN 23 sowie der elektronischen Anmeldepflicht für Briefsendungen und Postpakete schafft die deutsche Zollverwaltung das neue System ATLAS-IMPOST mit Wirkung vom 1.1.2021:

„ATLAS-IMPOST (Importabfertigung von Post- und Kuriersendungen)

Für eine effiziente zoll- und einfuhrumsatzsteuerrechtliche Behandlung von geringwertigen Sendungen bis zu 150 Euro soll zu diesem genannten Termin die neue Fachanwendung ATLAS-IMPOST (Importabfertigung von Post- und Kuriersendungen) entwickelt werden.

Mit der Fachanwendung ATLAS-IMPOST können Unternehmen wie Post- und Kurierdienste, aber auch Privatpersonen, welche sich bei der zoll- und einfuhrumsatzsteuerrechtlichen Abwicklung nicht vertreten lassen wollen, auf elektronischem Wege Informationen austauschen. Dies betrifft z.B. die Abgabe von Zolldatenanmeldungen, den Informationsaustausch über geplante Kontrollen und das Empfangen von Abgabenbescheiden.

Für ATLAS-Teilnehmer wird der neue Zolldatenanmeldungstyp APK (Anmeldungen von Post- und Kuriersendungen mit einem Warenwert von bis zu 150 Euro) geschaffen. APK können vor Gestellung als vorzeitige Zolldatenanmeldungen oder nach Gestellung als nicht vorzeitige Zolldatenanmeldungen abgegeben werden. In der APK kann auf ein Vorpapier referenziert werden. Hierbei handelt es sich in der Regel um die Gestellungsmitteilung, welche an die ATLAS-Fachanwendung SumA übermittelt worden ist.

Die elektronische Übermittlung von Informationen mit der Fachanwendung ATLAS-IMPOST wird – anders als bisher in ATLAS üblich – nicht nach dem Protokoll X.400 bzw. FTAM, sondern über Webservices realisiert werden. Mit dem Umstieg auf Webservice-Technologie und Zugriff

5) So die GZD, Die Sendung liegt beim Zoll, was nun?, URL: https://www.zoll.de/SharedDocs/Boxen/DE/Fragen/0075_sendung_liegt_beim_zoll.html
6) GZD, Informationen zum neuen ATLAS-Fachverfahren IMPOST, URL: https://www.zoll.de/DE/Fachthemen/Zoelle/ATLAS/ATLAS-IMPOST/atlas-impost_node.html

7) Europäische Kommission, Kommission schlägt neue Steuervorschriften zur Förderung des elektronischen Geschäftsverkehrs und vor Online-Unternehmen in der EU vor, Pressemitteilung v. 1.12.2016, IP/16/4010

aus öffentlichen Netzen sowie der immer stärkeren Bedeutung von IT-Sicherheit wird derzeit davon ausgegangen, dass im Rahmen der Umsetzung der APK die BIN als Authentisierungskriterium nicht mehr ausreichend sein wird. Daher werden voraussichtlich andere Signierungs- und Zertifikatsmechanismen zum Einsatz kommen.

Hier erhalten Sie Informationen zum dem geplanten Informationsaustausch zwischen Teilnehmern und der Zollverwaltung im Fachverfahren ATLAS-IMPOST:

https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Links-fuer-Inhaltseiten/Fachthemen/Zoelle/Atlas/atlas_impost_prozessablauf.pdf?__blob=publicationFile&v=3.

Hier erhalten Sie Informationen zum fachlichen Aufbau der geplanten Nachrichten im Fachverfahren ATLAS-IMPOST. Momentan sind hier die Teilnehmernachrichten hinterlegt, die Veröffentlichung der Antwortnachrichten der Zollverwaltung folgt.

Für Privatpersonen wird die Möglichkeit zur Erfassung des neuen Zolldanmeldungstyps IPK (Internetanmeldung für Post- und Kuriersendungen mit einem Warenwert von bis zu 150 Euro) über eine Internetplattform geschaffen, welche über das BuG (Bürger- und Geschäftskundenportal) zugänglich sein wird.⁸

D. Analyse der Änderungen, Prognose der Belastungen, Folgeprobleme

In diesem Abschnitt werden die Änderungen analysiert, die Belastungen für Beschäftigte, Bürger und Unternehmen werden aufgezeigt und Folgeprobleme werden benannt.

I. Postabfertigung von zu Hause

Bürger und Kleinunternehmen bekommen seit 1.2.2020 die Möglichkeit, die Postabfertigung von zu Hause vorzunehmen. Und dieses Angebot der Zollverwaltung ist gebührenfrei.

Die Zollverwaltung tritt damit in direkte wirtschaftliche Konkurrenz zur Deutschen Post AG, die für diesen Service für sog. Selbstverzoller 28,50 Euro berechnet.⁹ Eine Kooperation der Deutschen Post AG kann daher nicht erwartet werden, und in der Praxis ist das spürbar. Zollbeamte müssen nun ohne gesetzlichen Auftrag zusätzliche E-Mails schreiben und erhalten, Pakete selbstverantwortlich öffnen (obwohl im Unions-Zollkodex die sog. Darlegungspflicht verankert ist), Einfuhrabgabenbescheide verschicken (auf welchem Weg?). Per ungeschützter, einfacher E-Mail steht das Steuergeheimnis entgegen. Die De-Mail hat der Normalbürger nicht und der normale Brief kostet wieder Prozesskosten: Papier, Druckerschwärze, Briefumschlag, Porto, Zeit der Beamten in der Kommunikation mit dem Zollbeteiligten, d. h. Telefon, E-Mail, Schreiben von Paketkarten, Einliefern zum Kurierdienst oder der Postfiliale, denn die Deutsche Post verweigert die Mitnahme). Ein gut gemeintes Projekt der GZD ist nicht zu Ende gedacht, nicht gut evaluiert – wurde eigentlich die Personalvertretung eingebunden?

8) GZD, Informationen zum neuen ATLAS-Fachverfahren IMPOST, URL: https://www.zoll.de/DE/Fachthemen/Zoelle/ATLAS/ATLAS-IMPOST/atlas_impost_node.html

9) GZD, Die Sendung liegt beim Zoll, was nun?, URL: https://www.zoll.de/SharedDocs/Boxen/DE/Fragen/0075_sendung_liegt_beim_zoll.html

Erhebliche Änderungen werden auf dem Rücken der Zollbeamten eingeführt und vorgenommen ...

Wie ist mit Arbeitsfehlern umzugehen? Wie mit vom Zollbeamten falsch adressierten Paketen? Wie mit verloren gegangenen Wertmarken? Was passiert bei vertauschten Adressen oder Paketen? Was ist, wenn die Ware bei der Prüfung beschädigt oder gar zerstört wird? Was passiert, wenn der Zollbeamte verletzt wird? Hier hat die GZD noch keine FAQs veröffentlicht. Rechtsunsicherheiten bestehen und z. T. wird gegen geltendes Unionsrecht gearbeitet.

Dabei tritt die GZD auf Kosten des Steuerzahlers offen in den Wettbewerb mit dem Monopolisten ein – der Deutschen Post AG. Und das ohne Rechtsgrundlage ...

Völlig unklar ist, was die GZD motiviert hat und wie viele Zollbeteiligte das Angebot nutzen werden. So oder so, dieses Prestigeprojekt droht ein Reinfall zu werden und es ist teuer.

II. Wegfall der 22-Euro-EUSt-Grenze, Verpflichtung der elektronischen Zolldanmeldung

Der Wegfall der 22-Euro-EUSt-Grenze und die Verpflichtung der elektronischen Zolldanmeldung nach Art. 143a UZK-DA ab dem 1.1.2021 ist dem Umsatzsteuerbetrug bei Postpaketen geschuldet und der mangelhaften Datenqualität auf den Zolldanmeldungen CN 22 und CN 23. Doch nur wenige Praktiker glauben daran, dass die neue vereinfachte elektronische Zolldanmeldung eine bessere Datenqualität zur Folge haben wird.

Beispiel:

Bislang steht auf der CN 22/ CN 23:
Geschenksendung, Wert 3 US\$, Herkunft: CN, Bestimmung: EU.

Künftig steht in der elektronischen Zolldanmeldung (sinngemäß):

Absender, Empfänger, Geschenksendung, Kapitel 85, Wert 3 US\$, Herkunft: CN, Bestimmung: EU.

Bewertung:

Eine wesentliche Verbesserung der Datenqualität ist nicht erkennbar.

Folge:

Ab dem 1.1.2021 müssen nach Auskunft der GZD etwa 100 000 Postsendungen zusätzlich angemeldet werden.¹⁰ Völlig unklar ist bislang, wer diese Zolldanmeldungen vornehmen wird: der Kurierdienst/Deutsche Post oder der Zollbeteiligte? Über das IT-Verfahren ATLAS-IMPOST können Großkunden Zolldanmeldungen abgeben. Für Bürger bleibt die neu geschaffene Möglichkeit, über das Bürger- und Geschäftskundenportal (BuG) eine IPK abzugeben. Aber wird das der durchschnittliche Postkunde, der eine Zolldanfertigung benötigt, schaffen?

Überhaupt nicht von der GZD thematisiert worden ist bislang, dass bei vielen Postsendungen VuB entgegen stehen und die neue Zolldanmeldung für Postsendungen nach Art. 143a UZK-DA eben nicht anwendbar ist, wenn VuB entgegenstehen (können). Und dann ist wieder eine lange Zolldanmeldung mit 30 Datenelementen elektronisch abzugeben – entweder kostenpflichtig als Service einer Grenzspedition/der Deutschen Post AG oder die kostenlose Internetzolldanmeldung (IZA).¹¹

Die kostenlose Variante wird oft gewählt werden, mit voraussehbaren Problemen bei der Abgabe/Annahme der Zolldanmel-

10) BDZ, BDZ magazin 11/2019, 5 f.

11) GZD, Internetzolldanmeldung, <https://www.einfuhr.internetzolldanmeldung.de/iza/content.do>, und Weerth, ATLAS-Handbuch, 2019, Kapitel 4

dung aufgrund der großen Unkenntnis der Normalbürger zum Thema förmliche elektronische Standard-Zollanmeldung nach dem Einheitsdatensatz nach Art. 162 UZK ...

Schließlich ist unklar, welche Arbeitsbelastung auf die Zollämter in der Postabfertigung zukommen wird. Die Erhebung ohne Freigrenzen ab dem ersten Euro ist von der Europäischen Kommission, dem Rat und dem Parlament gesetzlich verordnet worden. In der Praxis wird es zu 100 000 Zollanmeldungen mehr kommen, die vorwiegend Einfuhrabgaben von unter 5 Euro zur Folge haben – diese müssen gesetzmäßig festgesetzt und erhoben werden – mit allen Folgen, z. B. Fertigung von Einfuhrabgabenscheide, Zustellung (per ATLAS oder De-Mail/Post), Zugang des Steuerbescheids und ggf. Rückläufer, Prüfung des Zahlungseingangs und Überlassung erst nach Zahlung, Folgekosten: Kostenbescheide für überlange Lagerdauer, mehr Einsprüche, mehr unzufriedene Zollbeteiligte, mehr Zurückweisungen von Zollanmeldungen, längere Öffnungszeiten, Subventionierung der Steuererhebung durch den Fiskus (Personalmehraufwand, Betriebskosten: Papier, Druckerschwärze, Briefumschläge, Porto, Zeit der Zollbeamten), mehr Konflikte auf Ebene der Zollämter.

Unklar ist weiterhin die Mengensteuerung durch die Post – wie viele Pakete kommen tatsächlich bei den Zollämtern an und geraten diese dadurch an die Leistungsgrenze oder darüber hinaus?

III. Verzögerung der Einführung weiterer IT-Verfahren nach dem UZK-Arbeitsprogramm

Das UZK-Arbeitsprogramm nach Art. 280 UZK soll bis Ende 2025 zur Einführung von 17 IT-Verfahren sorgen, die beim Geltungsbeginn des UZK im Mai 2016 noch nicht einsatzbereit gewesen sind. Der 1. Fortschrittsbericht zum UZK-Arbeitsprogramm 2019 beinhaltet die Feststellung, dass der Zeitplan nur dann eingehalten werden kann, wenn keine neuen zollpolitischen Aufgaben dazwischenkommen und für die Einführung weiterer IT-Verfahren sorgen.

Die Schaffung des IT-Verfahrens ATLAS-IMPOST ist eine solche steuerrechtliche/zollrechtliche Initiative, die ein neues IT-Verfahren zusätzlich einführt, und eine Verzögerung weiterer IT-Verfahren nach dem UZK-Arbeitsprogramm ist damit nicht ausgeschlossen, sondern vorhersehbar.

F. Bewertung

Die neuen Entwicklungen auf dem Gebiet der Postabfertigung haben es in sich.

Die Zollverwaltung bemüht sich mit ihrer Initiative Zollabfertigung „von zu Hause“ um die Zollbeteiligten im Postverkehr – sie will offenbar Bürgernähe demonstrieren. Dabei sind viele rechtliche Fragen ungeklärt (s. Punkt D.). Dieses neue Verfahren wurde nur punktuell pilotiert und dieses Verfahren wurde nicht ergebnisoffen gestaltet, sondern mit der Vorgabe „es muss, es wird gelingen“.

Auf die Zollämter und Zollbeamten kommen erhebliche Mehrbelastungen und eine gesetzlich nicht geregelte Mehrverantwortung zu.

Beim Wegfall der CN 22/CN 23 und der Schaffung der elektronischen Anmeldepflicht für Postsendungen sind große Zeit- und Mengenprobleme zu bewerkstelligen und viele unbekannte Größen im Raum. Was tatsächlich passiert, wird man ab 1.1.2021 beobachten können.

Es wäre schön, wenn sich alle darauf vorbereiten.

Ein zusätzliches IT-Verfahren, das zusätzlich zum bestehenden UZK-Arbeitsprogramm 2019/2020 (Durchführungsbeschluss [EU] 2019/2151¹²) eingeführt wird bzw. werden muss, wird nach Einschätzung der Europäischen Kommission zu weiteren Verzögerungen bei der Umsetzung des UZK-Arbeitsprogramms führen.¹³

Und noch ein abschließender Gedanke: Nicht alle neuen Tätigkeiten im Bereich der Postabfertigung sind zwingend hoheitliche Aufgaben.

Hier könnte man kurzfristig auch Lösungen über die Einstellung von Quereinsteigern oder befristet eingestellten Tarifbeschäftigten schaffen.

Denn das Internetversandgeschäft ist vielen Menschen aus ihrem Privatleben bekannt.

¹²) ABl. EU 2019 Nr. L 325/168

¹³) 1. Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission nach Art. 278a UZK zur Umsetzung des UZK-Arbeitsprogramms v. 13.12.2019, COM(2019) 629 final, URL: https://ec.europa.eu/taxation_customs/sites/taxation/files/com_2019_629_ucc_work_programme_progress_report_de.pdf.

Übungsaufgabe zur Vorbereitung auf die Laufbahnprüfung des mittleren Zolldienstes

– Prüfungsgebiet Recht des grenzüberschreitenden Warenverkehrs und Zolltarifrecht

Bearbeitungszeit: 3 Stunden (180 Minuten)
Hilfsmittel: E-VSF, Tarife 32 Tarifstand 20.2.2017

A. Sachverhalt

Teil I

Sachverhalt 1

Im Rahmen der öffentlich zugänglichen, internationalen Fachmesse „Optik 2019“ möchte der Schweizer Brillenher-

steller „Swiss Optik GmbH“ 15 verschiedene Modelle seiner im Familienbetrieb hergestellten Brillenfassungen aus Kunststoff ausstellen.

Hierfür legt der Geschäftsführer der „Swiss Optik GmbH“ heute bei ZA Flughafen Leipzig eine vollständig und ordnungsgemäß ausgefüllte Zollanmeldung (Abbildung 2: Einheitspapier) mit allen erforderlichen Unterlagen (hier nicht als Anlage beigelegt) vor und meldet die dort bezeichneten Waren an.

Anmerkungen:

1. Die internationale Fachmesse dient nicht ausschließlich dem Zweck der gewerblichen Veräußerung der Waren.
2. Verbote und Beschränkungen, Embargomaßnahmen sowie handelspolitische Maßnahmen stehen dem Zollverfahren nicht entgegen.
3. Die Brillenfassungen erfahren während der Messe, außer der üblichen Wertminderung, keine Veränderungen.
4. Jede Brillenfassung ist anhand einer eigenen Gestellnummer identifizierbar, welche in der beiliegenden Pro-forma-Rechnung (hier nicht als Anlage beigelegt) aufgeführt sind.

Sachverhalt 2

Frau Blume aus Berlin kaufte über ein Internetportal bei einem Händler in den USA eine Handtasche aus Leder der Codenummer 4202 2100 10 0 zu einem Preis vom 125 €.

Diese Handtasche ist für den eigenen Bedarf bestimmt und wurde vom Verkäufer unmittelbar an Frau Blume mit der Post gesandt.

Dem Paket sind eine Rechnung, ein Auszug aus dem Kundenkonto und eine Zollinhaltserklärung beigelegt, über deren Richtigkeit keine Zweifel bestehen.

Anmerkung:

Es bestehen für die Handtasche aus Leder keine Verbote und Beschränkungen, Embargomaßnahmen und handelspolitische Maßnahmen.

Teil II

Ein deutscher Instrumentenbauer möchte Klarinetten der Pos. 9205 HS präferenzberechtigt zu einem Ab-Werk-Preis von 1 300 € je Instrument in die Schweiz exportieren. Die Klarinetten werden in seinem Betrieb von Fachkräften aus folgenden, im zollrechtlich freien Verkehr befindlichen Vormaterialien hergestellt:

- > Grenadill-Holz der Pos. 4403 HS
mit Ursprung Tansania
Zollwert: 150 €/Stück
- > Pfahlrohr der Pos. 1401 HS
mit Ursprung Schweiz
Zollwert: 3 €/Stück
- > Instrumentenkörper und Bänder
aus Neusilber der Pos. 7409 HS
mit Ursprung Deutschland
Wert: 150 €/Stück
- > Mundstück der Pos. 9209 HS
mit Ursprung Japan
Zollwert: 129 €/Stück
- > Weitere Kleinteile der Pos. 9209 HS
mit Ursprung Canada
Zollwert: 240 €/Stück

Anmerkungen:

- > Gehen Sie davon aus, dass die Europäische Union und die Schweiz Unterzeichner des Regionalen Übereinkommens über Pan-Europa-Mittelmeer-Präferenzursprungsregeln sind.

- > Der Ursprung aller verwendeten Vormaterialien kann durch entsprechende Unterlagen nachgewiesen werden.

Teil III

Esszimmertisch:

Bei der gestellten Ware handelt es sich um Esszimmertische aus Pinienholz, die komplett zusammengebaut, aber unbehandelt geliefert werden. Der Kunde muss ihn zwingend nach Belieben noch ölen, lackieren, beizen oder kalkan.



> Abbildung 1: Esszimmertisch

Sie sind sorgfältig gearbeitet und finden ausschließlich im Innenbereich Verwendung, da Pinienholz praktisch nicht witterungsbeständig ist.

B. Aufgaben

Die Lösungen der nachfolgend aufgeführten Aufgaben bzw. Fragen sind – sofern nichts anderes angegeben – eingehend zu begründen. Die Fundstellen aus den zugelassenen Hilfsmitteln, auf die sich die Darlegungen stützen, sind anzugeben.

Zu Teil I

Zu Sachverhalt 1

1. In welches Zollverfahren sind die Brillenfassungen beim ZA Flughafen Leipzig zu überführen und lagen hierfür die Voraussetzungen vor? Können die Brillenfassungen bei Inanspruchnahme des Zollverfahrens vollständig einfuhrabgabenfrei (i. S. d. ZollVG) belassen werden? Auf das Erfordernis einer Bewilligung ist nicht einzugehen!
2. Ist für die Brillenfassungen eine Sicherheit zu leisten und wenn ja, in welcher Höhe? Berechnen Sie die Sicherheit und stellen Sie Ihre Berechnung nachvollziehbar dar.

Zu Sachverhalt 2

Nach welchen für den Postverkehr anzuwendenden Bestimmungen ist die Einfuhrabfertigung der Handtasche zur Überlassung zum zollrechtlich freien Verkehr vorzunehmen?

Zu Teil II:

Können die Klarinetten als Ursprungserzeugnisse der Europäischen Union angesehen werden?

Zu Teil III:

Reihen Sie bitte die beschriebenen Waren – soweit vorhanden auch deren Umschließungen – bis zur Codenummer in den Elektronischen Zolltarif (Stand 20.2.2017) ein.

Begründen Sie Ihre Einreihung schlüssig und vollständig unter Angabe der in Betracht kommenden Bestimmungen und nehmen Sie dabei – soweit aufgrund der Warenbeschreibung möglich – Abgrenzungen gegenüber anderen Einreihungsmöglichkeiten vor. Es ist ausreichend, wenn Sie das Einreihungsergebnis in Stichpunkten darstellen.

[illegible]

Lösung zur Übungsaufgabe

Zu Teil I

Sachverhalt 1

Zu Frage 1

Die Brillenfassungen sind in ein besonderes Verfahren, Art. 5 Nr. 16 Buchstabe b) UZK, und zwar in das Verfahren der vorübergehenden Verwendung gem. Art. 210 Buchstabe c) UZK zu überführen, weil

- > im Feld 37 des EP das Verfahren „5300/D23“ eingetragen ist und die Brillenfassungen nach der Ausstellung auf der Messe wieder ausgeführt werden sollen.
- Die allgemeinen, sachlichen Voraussetzungen für die vorübergehenden Verwendung liegen gem. Art. 250 UZK vor, weil
 - > die Brillenfassungen lt. Feld 44 des EP zur Wiederausfuhr bestimmt sind,
 - > die Brillenfassungen Nicht-Unionswaren nach Art. 5 Nr. 24 i. V. m. Nr. 23 UZK sind, da
 - sie nicht vollständig im Zollgebiet der Union hergestellt bzw. gewonnen worden sind, lt. SV Herstellung im Familienbetrieb in der Schweiz/alternativ: da im Feld 34 des EP als Ursprungsland die Schweiz eingetragen ist,
 - sie aus einem nicht zum Zollgebiet der Union gehörenden Land, lt. SV aus der Schweiz, die nach Art. 4 UZK nicht zum Zollgebiet der Union gehört (Umkehrschluss) verbracht und noch nicht zum zollrechtlich freien Verkehr überlassen wurden,
 - kein Fall von Buchstabe c) vorliegt,
 - > die Brillenfassungen im Zollgebiet der Union, hier in Leipzig und somit in Deutschland, Art. 4 UZK, verwendet werden sollen,
 - > die Brillenfassungen lt. Anm. 3, außer der Wertminderung, keine Veränderungen erhalten sollen,
 - > die Nämlichkeit lt. Anm. 4 zum SV durch die individuellen Gestellnummern gewährleistet ist,
 - > der Inhaber des Verfahrens,
 - hier gem. Art. 5 Nr. 35 Buchstabe a) UZK das Unternehmen „Swiss Optik GmbH“, da
 - sie eine juristische Person ist, Art. 5 Nr. 4 UZK,
 - die eine Zollanmeldung selbst (hier vertreten durch den Geschäftsführer) abgibt, außerhalb des Zollgebiets der Union ansässig ist, Umkehrschluss aus Art. 5 Nr. 31 Buchstabe b) UZK,
 - da das Unternehmen als juristische Person, siehe oben, lt. Feld 2 im EP ihren Sitz in Chur/Schweiz (Umkehrschluss aus Art. 4 UZK) hat.
 - > die in Art. 234 (1) UZK-DA festgelegten Anforderungen für die vollständige Befreiung von den Abgaben (nach Art. 5 Nr. 20 UZK die Zölle) erfüllt sind, da
 - lt. SV die Messe öffentlich zugänglich ist und
 - nach Anm. 1 zum SV die Messe nicht ausschließlich dem Zweck der kommerziellen Veräußerung der Waren dient.

Eine EUST-Befreiung kann nach § 1 (2) Nr. 1 i. V. m. § 11 EUST-BV gewährt werden.

Zu Frage 2

Für die Brillenfassungen ist eine Sicherheit zu leisten, weil

- > gem. Art. 211 (3) Buchstabe c) UZK die Erteilung einer Bewilligung zur vorübergehenden Verwendung von einer Sicherheitsleistung nach Art. 89 UZK abhängig ist,
- > eine Befreiung von der Sicherheitsleistung gem. Art. 89 (8) Buchstabe c) UZK nicht in Betracht kommt, da
 - kein Fall von Art. 81 UZK-DA vorliegt.

Gem. Art. 89 (4), 2. UA UZK ist für den der Zollschild entsprechenden Einfuhrabgabebetrag Sicherheit zu leisten.

Eine Sicherheitsleistung für die EUST ist ebenfalls erforderlich, weil eine Befreiung hiervon nach § 11 (4) EUSTBV nicht in Betracht kommt, da

- > das Unternehmen „Swiss Optik GmbH“ lt. Feld 44 im EP nicht zum vollen Vorsteuerabzug berechtigt ist (Z 8101 [13]).

Die Sicherheit ist in folgender Höhe zu leisten:

| | | |
|--------------------|--|----------|
| Zollwert: | 2 502,50 € x 2,2 % = | 55,06 € |
| | + 55,06 € | |
| | + 522,50 € | |
| | (95 % von 550,00 €, siehe Anhang 23 01 UZK-IA, Zone Q) | |
| EUST-Wert: | 3 080,06 € x 19 % = | 585,21 € |
| Sicherheit gesamt: | | 640,27 € |

Sachverhalt II

Die Handtasche ist als Sendung mit geringem Wert gem. Art. 23 (1) ZollbefreiungsVO zur Überlassung zum zollrechtlich freien Verkehr abzufertigen, da sie

- > unmittelbar aus einem Drittland (Art. 2 [2] ZollbefreiungsVO),
- > hier aus den USA, Umkehrschluss Art. 4 UZK,
- > an einen Empfänger im Zollgebiet der Union,
- > lt. SV an Frau Blume aus Berlin, damit aus Deutschland und somit im Zollgebiet der Union, Art. 4 UZK,

versandt wird.

- > Bei der Handtasche handelt es sich nicht um eine nach Art. 24 ZollbefreiungsVO ausgeschlossene Ware.
- > Gem. Art. 23 (2) ZollbefreiungsVO gilt die Handtasche als „Ware mit geringem Wert“, da
 - mit einem Wert von 125 € der Gesamtwert je Sendung (Z 0801 [5]) von 150 € nicht überschritten wird.

Somit ist die Handtasche von Einfuhrabgaben i. S. d. Art. 2 (1) Buchstabe a) ZollbefreiungsVO, von Zöllen nach Art. 5 Nr. 20 UZK, befreit.

Eine Befreiung von der Erhebung der Einfuhrumsatzsteuer gem. § 1a EUSTBV ist nicht möglich, da

- > lt. SV der Wert der Handtasche mit 125 € über 22 € liegt.

Im Ergebnis kann für die Handtasche eine Befreiung von Zollabgaben gewährt werden. Die Einfuhrumsatzsteuer ist jedoch zu entrichten.

Zu Teil II

- > Die Klarinetten sollen laut Sachverhalt von Deutschland in die Schweiz exportiert werden. Deutschland und die Schweiz sind Vertragsparteien des Abkommens EU-CH.

Laut Anmerkung zum Sachverhalt sind die EU und die CH dem Regionalen Übereinkommen über Pan-Europa-Mittelmeer-Präferenzursprungsregeln (EUÜbk) beigetreten. Es sind die Ursprungsregeln der Anlage I zum Übereinkommen anzuwenden.

- > Gemäß Art. 2 (1) Anlage I sind Ursprungserzeugnisse einer Vertragspartei – hier der Europäischen Union – Erzeugnisse, die in der Europäischen Union vollständig gewonnen oder hergestellt bzw. ausreichend be- oder verarbeitet wurden und in eine andere Vertragspartei – laut Sachverhalt hier in die Schweiz – ausgeführt werden sollen.
- > Eine vollständige Gewinnung oder Herstellung gemäß Art. 2 (1) Buchstabe a) i. V. m. Art. 4 Anlage I ist wegen der Verwendung der Vormaterialien (Art. 1 Buchstabe b) Anlage I) aus Tansania, Japan und Kanada nicht gegeben, da diese Länder keine Vertragsparteien des Abkommens EU-CH sind.
- > Es wäre folglich eine ausreichende Be- oder Verarbeitung gemäß Art. 2 (1) Buchstabe b) i. V. m. Art. 5 Anlage I zu prüfen, wenn kein Fall des Art. 6 Anlage I gegeben ist (Art. 5 [3] Anlage I).

Eine Minimalbehandlung gemäß Art. 6 (1) Anlage I liegt nicht vor, da die beim Herstellen der Klarinetten erforderlichen Be- oder Verarbeitungen über die dort genannten Vorgänge hinausgehen.

Alternative: Eine Minimalbehandlung gemäß Art. 6 (1) i. V. m. (2) Anlage I liegt nicht vor, da beim Herstellen laut Sachverhalt Vormaterialien mit Ursprung (V. m. U.) der Europäischen Union (Instrumentenkörper und Bänder aus Neusilber) verwendet werden.

- > Gemäß Art. 5 (1) Anlage I müssen die Vormaterialien ohne Ursprung (nachfolgend V. o. U.) – laut Sachverhalt das Grenadill-Holz aus Tansania, das Mundstück aus Japan und die Kleinteile aus Kanada – die Bedingungen der Liste des Anhangs II erfüllen.
- > Der Instrumentenkörper und die Bänder sind nachweislich V. m. U. und müssen die Bedingungen der Liste im Anhang II nicht erfüllen.
- > Das Pfahlrohr aus der Schweiz muss die Bedingungen der Liste nicht erfüllen, da es laut Sachverhalt seinen Ursprung in der Schweiz gemäß Art. 3 (1) Anlage I hat und damit als V. m. U. gilt und eine Minimalbehandlung gemäß Art. 6 (1) Anlage I nicht vorliegt.
- > Die Klarinetten sind von der Liste unter „ex Kapitel 92“ erfasst, da eine besondere Regel für die Position 9205 nicht existiert. Die V. o. U. erfüllen die Bedingung der Liste in Spalte 3, weil ihr Gesamtwert mit 150€ + 129€ + 240€ = 519€ nicht mehr als 40 % des Ab-Werk-Preises der Klarinette (40 % von 1 300€ = 520€) beträgt. Es liegt eine ausreichende Be- oder Verarbeitung vor.

Die Klarinetten sind damit Ursprungserzeugnisse der Europäischen Union.

Zu Teil III

Für die Esszimmertische trifft die Codenummer 9403 6010 00 0 zu.

Esszimmertische werden als „Möbel“ im Kap. 94 eingereiht.

Im Kap. 94 werden die Esszimmertische von der Pos. 9403 als „Andere Möbel“ erfasst. Sie sind weder Sitzmöbel der Pos. 9401 noch spezielle Möbel der Pos. 9402. Es handelt sich um Möbel i. S. d. Pos. 9403, da sie die Bedingung der Anm. 2 Satz 1 Kap. 94 erfüllen, dazu bestimmt zu sein, auf den Boden gestellt zu werden.

Sie werden durch Anm. 1 Kap. 94 nicht aus diesem Kapitel ausgewiesen

Die unfertigen Esszimmertische werden wie die geölten/lackierten/gebeizten Esszimmertische eingereiht, weil die wesentlichen Beschaffenheitsmerkmale fertiger Esszimmertische vorhanden sind (AV 2 a) Satz 1). Die AV 2 a) Satz 1 ist anwendbar, da keine spezielle Regelung im Wortlaut der Position oder in einer Anmerkung vorhanden ist.

Es sind keine Waren aus Holz des Kap. 44, da nach Anm. 1 o) Kap. 44 Waren des Kap. 94 aus diesem Kapitel ausgenommen sind.

Innerhalb der Pos. 9403 trifft für die Esszimmertische die Codenummer 9403 6010 00 0 zu, weil es sich

- > nicht um Holzmöbel von in Büros, in der Küche oder im Schlafzimmer verwendeten Art, sondern um andere Holzmöbel handelt (lt. Sachverhalt aus Pinienholz).
- > Es handelt sich um Holzmöbel von der in Ess- und Wohnzimmern verwendeten Art.



DIE Fachgewerkschaft
für die Zollverwaltung

lohnst sich

weil ...

-  Rechtsschutz
-  Diensthaftpflichtversicherung
-  BDZ magazin
-  Seminare und Schulungen
-  Rabatte (z.B. Mobilverträge)

bei www.dbb-vorteilswelt.de



www.bdz.eu



www.facebook.com/BDZ.eu